

# Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel. -Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Rammz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm  
30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Rammz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörn, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Freibersdorf, Hlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 126

Montag, den 3. Juni 1929

81. Jahrgang

## Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

— (Sonnenbad und Sonnenbrand.) Wer sich  
unvorsichtigerweise beim Sonnen- und Luftbad gar zu sehr  
und zu lang den Einwirkungen der Sonne aussetzt, kann  
leicht den schädlichen Sonnenbrand davontragen. Die Haut  
entzündet sich sehr schmerzhaft und geht schließlich stückweise  
ab. Man bekommt eine neue Haut. Um den Schmerz zu  
lindern und die Wirkungen des Sonnenbrandes wenigstens  
einigermaßen aufzuheben, empfehlen sich Umschläge mit Kalk-  
wasser. Zur Vorbeugung nimmt man besten eine Einreibung  
mit einer sehr fetthaltigen Hautcreme vor.

— (Hunde dürfen nur 3. Klasse fahren.)  
Für Hunde bleibt die Benutzung der 2. Wagenklasse ver-  
boten — das ist der Sinn einer Antwort der Reichsbahn-  
gesellschaft auf den Antrag des Reichsjagdbundes, in sämt-  
lichen Eil- und Personenzügen besondere Abteile für Reisende  
mit Hunden sowohl in der 3., wie in der 2. Klasse ein-  
zurichten. Die Ablehnung der Anregung wird von der  
Reichsbahngesellschaft damit begründet, daß kein allgemeines  
Bedürfnis für die Einrichtung von Hundabteilen in der  
Polsterklasse bestehe, und daß den Reisenden der 2. Klasse  
nicht zugemutet werden könne, auf Polsterplätze Platz zu  
nehmen, die durch die Mitnahme von Hunden leicht dem  
Ungeziefer zugänglich sein würden.

— (Bischofsverda.) (Ein Trauring aus dem  
Jahre 1746 gefunden.) Bei Feldbestellungsarbeiten  
wurde auf einem der Balkmühle Weickersdorf gehörigen  
Feld ein schmaler goldener Trauring gefunden, in dessen  
Innenfläche C. St. J. 1746 eingraviert war. Der Trau-  
ring war an einem Finken der Egge hängengeblieben. Der  
gut erhaltene echte Ring wurde demnach vor 183 Jahren  
hergestellt.

— (Bauken.) (Die Wiederwahl des Bürger-  
meisters.) In der Stadtverordnetenversammlung wurde  
Bürgermeister Dr. Förster mit 21 Stimmen wieder-  
gewählt. Sieben Sozialdemokraten und drei Kommuni-  
stinnen stimmten gegen die Wiederwahl.

— (Radeberg.) (Einen Unfall) erlitt Herr Rechts-  
anwalt Dr. Bachmann dadurch, daß er in Großhörn  
einem besessenen Herrn einen Revolver aushändigen wollte.  
Im Weisem eines Herrn wollte Herr Dr. Bachmann die  
Waffe entladen, konnte aber mit seiner kriegsverletzten Hand  
nicht fest zufassen, sodaß der Lauf zurückschellte und die  
Kugel durch den Körper ging, ohne jedoch irgendwelche  
inneren Teile zu verletzen.

— (Neustadt i. Sa.) (Fehlbetrag im städtischen  
Haushalt.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung  
wurde der Haushaltsplan für 1929/30 beraten. Er schließt in Ein-  
nahme und Ausgaben mit einem Defizit von 80 550 RM  
ab. Der ordentliche Haushaltsplan beläuft sich auf 50 550,  
der außerordentliche auf 29 900. Nach längerer Aussprache  
wurde er mit 10 gegen 5 Stimmen (Wirtschaftspartei) an-  
genommen. Sie begründeten ihre Ablehnung damit, daß es  
bei der jetzigen finanziellen Kollage der Stadt nicht not-  
wendig sei, eine Heizungsanlage für das Rathaus, für die  
etwa 30 000 RM auf dem Anleihewege aufgenommen wer-  
den müssen, zu schaffen.

— (Bühlau.) (Bei dem Brandunglück der Frau  
verw. Hauswald, über das wir berichteten, ereignete sich ein  
Unfall. Frau Paulik, rettete ein Kind aus dem Bette und  
brach im Hause infolge Rauchvergiftung ohnmächtig zusammen.  
Von einem Einwohner wurden sie und das Kind aus dem  
verqualmten Hause geborgen. Die mutige Ketterin des  
Kindes mußte abends noch ins Krankenhaus nach Stolpen  
eingeliefert werden, doch soll sie sich auf dem Wege der  
Besserung befinden.

— (Dresden.) (Die verhängnisvolle Alten-  
tasche.) Ein tschechischer Artillerielieutenant ließ, als er  
am Prager Flugplatz unter falschem Namen ein Flugzeug  
nach Dresden bestieg, eine Tasche stehen, in der sich mili-  
tairische Geheimdokumente befanden. Der Kapitän kehrte  
sogleich aus Dresden zurück, um seine Tasche zu holen, und  
wurde, als der Spionage zugunsten Deutschlands ver-  
dächtig, verhaftet.

— (Dresden.) (Diebstahl von Lohngebern.)  
Spitzhunden drangen in der Glasfabrik Brodowitz in eine  
sogenannte Meisterkuche ein, in der für etwa 70 Arbeiter

## Abbau der Pariser Reparationsverhandlungen

Amerikas Hauptdelegierter, Pierpont Morgan, bereits abgereist

Paris. Amerikas Delegierter für die Reparations-  
konferenz, Pierpont Morgan, hat am Sonntagabend auf  
der „Mauretania“ die Rückfahrt nach den Vereinigten Staa-  
ten angetreten. Das läßt klar, so erklären amerikanische  
Zeitungen, auf die Überzeugung Morgans schließen, daß ein  
positiver Abschluß der Sachverständigenkonferenz nur noch  
eine Frage von Tagen sei. Der Schlußbericht werde in Ver-  
tretung Morgans von dem amerikanischen Hilfsfachver-  
ständigen Lamont unterzeichnet.

Man rechnet damit, daß der Generalbericht am Dienstag  
abend oder spätestens Mittwoch früh zur Unterzeichnung  
vorliegen wird. Herr Kapitän hatte eine längere Unterhaltung  
mit dem englischen Delegierten Sir Josiah Stamp, dem die  
Redaktion des Berichtes übertragen worden ist. Eigenliche  
materielle Schwierigkeiten stehen der Ab-  
fassung des Schlußberichts kaum noch ent-  
gegen. Die Fragen, mit welchem Prozentsatz Deutschland  
an den Gewinnen der internationalen Zahlungsbank beteiligt  
werden, und wieviel es zu dem Kapital der Weltbank be-  
steuern soll, sind zwar noch nicht völlig geklärt, stellen aber  
kein Hindernis mehr dar.

In Paris hat man jetzt alle die letzten Streitfragen  
zu erledigen. Die Delegierten sehnen sich endlich nach der  
Heimat und haben scheinbar reichlich genug von dem ewigen  
Verhandeln. Die Dummheit aber sind wir, denn von unseren  
Delegierten verlangt man Zugeständnisse, um wirklich endlich  
fertig zu werden. So wird jetzt auf die deutsche Sachver-  
ständigengruppe ein Druck in der Frage der belgischen  
Markforderung ausgeübt. Von einigen Abordnungen  
soll den Deutschen nahegelegt worden sein, zum mindesten  
ihre Pläne wegen der belgischen Forderungen anzudeuten,  
nachdem ihnen Zugeständnisse in der Frage der Reichsbahn  
gemacht worden seien.

## Was bedeutet die Einigung der Sachverständigen?

Weit schneller, als nach den Konflikten der letzten Wochen  
zu erwarten war, ist man jetzt auf der Pariser Sach-  
verständigenkonferenz zu einer Einigung gekom-  
men, einer Einigung, die allerdings vom deutschen  
Standpunkt aus außerordentlich gefährlich ist. Nach  
dem neuen Plan, dem nach dem amerikanischen Vorsitzenden  
der Konferenz benannten Youngplan, werden die deut-  
schen Jahreszahlungen, die nach dem Dawesplan 2,5 Milliar-  
den seit 1929 betragen, zwar auf durchschnittlich  
1,95 Milliarden herabgesetzt, zu denen noch rund 90 Millio-  
nen für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawesanleihe  
kommen. Diese Verminderung der jährlichen Zahlungen um  
rund 450 Millionen Mark ist aber nicht, wie es auf den ersten  
Blick erscheinen mag, als Erfolg zu buchen; denn tatsächlich  
ist diese Herabsetzung erkaufte durch die teilweise Auf-  
gabe des Transferschuldes, der im Dawesvertrag  
zur Stabilisierung der deutschen Währung eigens vorge-  
sehen war. Nach dem Youngplan müssen allein 660 Mil-  
lionen Goldmark an das Ausland abgeführt werden,  
ohne Rücksicht darauf, ob der Fortbestand der deutschen Wäh-  
rung gewährleistet bleibt. Abgesehen von dieser gefährlichen  
Bestimmung muß man sich darüber im klaren sein, daß bei  
der heutigen deutschen Wirtschaftslage eine Zah-  
lung von 2,05 Milliarden ebenso wirtschaftlich untragbar ist  
wie die Dawesrate von 2,5 Milliarden. Selbst die in letzter  
Stunde den deutschen Sachverständigen zugebilligte Auf-  
hebung der Kontrollen und Garantien des Dawesplanes und  
die Beseitigung der Bestimmungen betr. der Industrieobli-  
gationen können keinen Ausgleich für die uns auferlegten,  
unfere Leistungsfähigkeit absolut übersteigenden Tributlasten  
darstellen. So erfreulich die Tatsache ist, daß die Reichsbahn  
jetzt endlich von jeder Kontrolle und Haftung befreit, die  
Vemter der ausländischen Kommissare und Treuhänder (für  
die Eisenbahn, Reichsbank, verpfändeten Einnahmen, für  
Reichsbahnschuldverschreibungen, für die deutschen Industrie-  
schuldverschreibungen) jetzt zur Aufhebung kommen, daß das  
Transfer- und Ausbringungsmemorandum erklärt werden kann,  
all diese uns gemachten Zugeständnisse ändern nichts an der  
Tatsache, daß durch die Annahme des Youngplanes eine  
neue deutsche Wirtschaftskrise heraufbe-  
schworen wird. Von führenden deutschen Wirtschaftlern  
wird mit Recht darauf hingewiesen, daß es in Anbetracht der  
zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Tilgung der  
Youngschuld notwendigen ausländischen Zahlungsmittel, die  
uns infolge Fehlens einer genügenden Ausfuhr mangeln, zu  
einem weiteren Ausverkauf der deutschen  
Wirtschaft kommen muß. Mit anderen Worten, der

Youngplan ist ebenso wie der Dawesplan nichts anderes als  
ein geschickt ausgeklügeltes System zur weiteren Verflavung  
Deutschlands, ist darauf aufgebaut, die geschwächte deutsche  
Wirtschaft in das Schlepptau unserer Gläubigerstaaten zu  
bringen. L. S.

## Der Eindruck der Pariser Einigung in Amerika

Die große Presse, die meistens mit den Verbündeten  
sympathisiert, zeigt sich über das Pariser Abkommen befriedigt.  
Die „New York Times“ zieht sogar die Meldung der „Asso-  
ciated Press“ ganz groß auf, die sich zahlenmäßig bemüht,  
welche Menge von Dollarmilliarden die Alliierten in ihrer  
Großmut von den Forderungen, die sie noch im Jahre 1919  
erhoben hätten, abgelassen hätten. Das Gefühl der erleich-  
terung, das in der Presse zum Ausdruck kommt, gilt aber  
wohl mehr der Tatsache, daß die monatelangen Verhand-  
lungen nun endlich zum Abschluß gelangt sind. Die Presse-  
berichte aus Washington heben hervor, daß man auch dort  
im allgemeinen befriedigt sei, wobei aber dennoch ausgesprochen  
wird, daß diejenigen Senatskreise, die nicht an Deutschlands  
Allianschuld glauben, auch die neuen Forderungen für viel  
zu hoch halten und damit rechnen, daß der Youngplan  
ebenso wenig durchführbar sein werde, wie der Dawesplan.  
Die Finanz- und Wirtschaftskreise haben sich bisher zum  
Pariser Abkommen noch nicht geäußert. Man kann aber  
annehmen, daß die Bedenken, die in diesen Kreisen während  
der Pariser Verhandlungen wiederholt geäußert worden sind,  
auch jetzt nicht geschwunden sein dürften.

## Vorläufig keine Reichstagsdebatte über Paris.

Die Reichsregierung lehnt die deutsch-  
nationale Interpellation ab.

Die Reichsregierung hat es durch Schreiben vom  
31. Mai abgelehnt, die Interpellation der deutschnationalen  
Fraktion im Reichstag über die Pariser Verhandlungen un-  
mittelbar nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und  
vor der Abreise des Außenministers nach Madrid zu beant-  
worten. Sie könne sich mit einer alsbaldigen  
Debatte über die Reparationsfrage in der  
Vollversammlung des Reichstags vor-  
läufig noch nicht einverstanden erklären, weil  
dazu nach ihrer Ansicht der Abschluß der Verhandlungen und  
das Vorliegen des Berichtes des Sachverständigenausschusses  
notwendige Voraussetzung sei.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion bemerkt dazu:  
„Der Ablehnungsgrund der Reichsregierung kann als zu-  
treffend nicht anerkannt werden. Inzwischen ist der Ab-  
schluß der Pariser Verhandlungen erfolgt. Was über den  
Inhalt der getroffenen Abmachungen bekannt geworden ist,  
kann das Urteil, daß die bereits am 29. Mai bekanntgegebene  
Vereinbarung über die Höhe der Jahres-  
zahlungen unannehmbar und undurchführ-  
bar ist, nicht erschüttern. Um so notwendiger ist es, daß  
der Reichstag vor der Zusammenkunft der leitenden Staats-  
männer in Madrid, die nach allen früheren Erfahrungen zu  
festlegenden Vereinbarungen führen kann, Gelegenheit er-  
hält, Stellung zu nehmen.“

## Beratung des Reichskabinetts über die Arbeitslosen- versicherung.

Berlin. Das Reichskabinetts beschäftigte sich mit der  
Arbeitslosenversicherung. Auf Grund dieser Verhandlungen  
wird das Reichsarbeitsministerium in den nächsten  
Tagen eine Vorlage ausarbeiten (Sofort-Pro-  
gramm). Zum Zweck der parlamentarischen Behandlung  
dieser Vorlage wird alsdann mit den Vertretern der Re-  
gierungsparteien Fühlung genommen werden. — Ferner  
bestimmte das Kabinetts die Grundsätze über die Zusammen-  
setzung der bereits früher in Aussicht genommenen Sachver-  
ständigenkommission und die dieser vorzulegenden Fragen.  
Die Kommission soll ihren Bericht so rasch erstatten, daß im  
September ein endgültiges Programm vorgelegt werden  
kann.

